

## „Beschluss ist Eingeständnis des Scheiterns“

Die geplante Aufspaltung des Bayer-Konzerns fordert vernichtende Kritik heraus

Stellvertretender Gewerkschafts-Vorsitzender fordert die Ablösung von Bayer-Chef Werner Wenning.

VON HARTMUT ZITZEN

Als das Eingeständnis des Scheiterns der bisherigen Unternehmenspolitik wertet Klaus Hebert-Okon die bevorstehende Aufspaltung des Bayer-Konzerns. Der Vorsitzende des Belegschaftsteams in der Bayer AG und stellvertretende Vorsitzende des Verdi-Bezirks Rhein-Wupper hatte diese Entscheidung in der Mitarbeiterversammlung am Montag denn auch hart kritisiert und als Abkehr statt konsequenter Fortsetzung der Unternehmenspolitik bezeichnet. Okon: „Es wäre daher

ehrlischer gewesen, wenn der Aufsichtsrat am Freitag eine Lösung der Probleme unter Austausch des Vorstandsvorsitzenden Werner Wenning gesucht hätte“. Die erneute Umstrukturierung des Konzerns werde zu viel Kraft binden, anstatt sich konsequent und mit aller Kraft auf die Kunden zu konzentrieren, befürchtet Okon.

Darüber hinaus würden die drei im Bayer-Verbund existierenden Service-Gesellschaften durch diese Entscheidung langfristig eher geschwächt. Ausdrücklich begrüßt der Vorsitzende des Belegschaftsteams dagegen die Fortsetzung der Standortversicherungsvereinbarung und die Fortführung der Ausbildungskapazitäten bis 2007 sowie die Verringerung des geplanten Personalabbaus.

Allerdings befürchtet Okon auch, dass die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat dabei über kurzfristigen Erfolgen die Perspektive verloren haben. Vereinbart worden sei nämlich auch, dass im neuen Unternehmen NewCo 2006 ein eigener Betriebsrat gewählt werde, was die Grundlage für eine Fortführung des Standortbetriebsrats in den Bayer-Teilkonzernen und Servicegesellschaften in Frage stelle.

Nachdem bewährte Gewerkschafts- und Betriebsratsstrukturen auf diese Weise aufgesplittet würden, seien die weitere Fortsetzung der Standortvereinbarung über 2007 hinaus und die zukünftige Lösung von Beschäftigungsproblemen im Personalverbund fraglich geworden.

Unterdessen hat sich auch die „Coordination gegen Bayer-Gefahren“ zu Wort gemeldet und die Sorge geäußert, dass die geplante Aufspaltung Nachteile für die 20 000 betroffenen Mitarbeiter nach sich ziehen wird. Der in Düsseldorf ansässige Verein geht schon jetzt davon aus, dass die „erhofften Rationalisierungsgewinne mit Sicherheit zu Lasten der Beschäftigten gehen“ werden.

Zentraler Grund für den Konzern-Umbau sei die gescheiterte Partnersuche im Pharmabereich, der nun aus eigener Kraft saniert werden müsse. Damit zahle die Belegschaft die Zeche für Fehler des Managements, während die Vorstandsbezüge sich in den vergangenen Jahren mehr als verdoppelt hätten.